

Bezugspreis:

Wortpreis 10,50 M., monatlich 3,50 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Einzelnenpreis:

Die abendseitigen Kompensationsblätter 1,50 M., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Gefahr in Verzug!

Gefahr im Verzug? Wo denn? Ja, Gefahr! Wir werden verhungern müssen, wenn wir die Gefahr nicht erkennen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen.

Deutschland war vor dem Kriege ein Industriestaat. Der größte Teil der Bevölkerung lebte in den Städten. Das Land wurde immer mehr entvölkert, besonders von deutschen Arbeitskräften.

Die Gefahr liegt heute darin, dass wir keine ausländischen Landarbeiter mehr in Deutschland haben. In die Reihen der deutschen Bauern und Landarbeiter hat außerordentlich große Schäden getroffen.

Und das Ausland? Können wir vom Ausland so viel Lebensmittel bekommen, daß wir das im Inland entfehlende Make beden und unsere städtische Bevölkerung ausreichend ernähren können?

Vielleicht könnten wir sie bekommen, wenn wir sie bezahlen könnten. Aber ganz sicher ist auch das nicht. Denn in den ersten Jahren nach dem Krieg wird die Weltproduktion an Lebensmitteln hinter der früheren Rohmaterialproduktion weit zurückbleiben.

Wir haben zunächst im Inlande einen so großen Warenbedarf, daß schon aus diesem Grunde die Steigerung der Ausfuhr in dem notwendigen Maße selbst dann schwer möglich wäre, wenn wir überhaupt Industrieprodukte nach Belieben erzeugen könnten.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, was die Lage unserer städtischen Bevölkerung allmählich ins Unheil drückt. Die steigende und Abhilfe Maßnahmen durch sie selber erzwungen wird, nämlich die steigende passive Resistenz der Bauern und Großgrundbesitzer, die sich immer bester weigern, ihrer Aufbau- und Ableserungsverpflichtung zu genügen.

Was wird die Folge der geschilderten Verhältnisse sein? Wenn nicht schleunigst Maßnahmen besonderer Art getroffen werden, so wird das deutsche Volk in den nächsten Jahren zu Millionen zur Auswanderung getrieben werden, oder aber wir werden eine Hungersnot erleben, die alle Bande der Ordnung zerstören, gegen die selbst die Hungersnot in den schlimmsten Kriegsjahren erlassen wird.

Was ist gegen diese Gefahr zu tun? Nun, diese Gefahr ist nur zu beseitigen, indem man die Voraussetzungen zur Steigerung der Lebensmittelerzeugung in eigenen Landeschaft. Das ist möglich, wenn nur die Kräfte zur intensiven Bearbeitung vorhanden wären.

Die Stadt muß hinaus aufs Land. Alles, was infolge der Vernichtung des deutschen Welthandels und der teilweisen Vernichtung der deutschen Industrie in der Stadt keine Arbeit mehr findet, muß auf dem Lande angeheftet werden.

Freilich, als einfache Landarbeiter wird man kaum einen großen Teil der Städter aufs Land bekommen. Die Großgrundbesitzer haben auch gar nicht das Verlangen, städtische Arbeiter in großer Zahl zu bekommen.

Ein solches Vorgehen scheint mir die einzige Möglichkeit zur Unterbringung der durch die Veränderung unserer weltwirtschaftlichen Lage überflüssig werdenden Industriearbeiter, zur Vermeidung einer ungeheuren Hungersnot, und Auswanderung, und gleichzeitig zur Überbrückung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

Im Land für diese Zwecke kann es unmöglich fehlen: die Siedlungsverordnung vom Februar bietet Handhaben genug, das nötige Land zu beschaffen. Und wenn es noch irgendwo fehlen sollte, so müßte durch die Nationalversammlung schleunigst durch Gesetz nachgeholfen werden.

Mörderschutz der „Freiheit“.

Die Beweisaufnahme im Nordprozeß Lindner zwingt uns eine Erinnerung auf: Wie im Februar des Jahres die unabhängige und kommunistische Partei, die „Freiheit“ aber an der Spitze, ihre schützende Hand über den Mörder gehalten und alle Feststellungen, die jetzt einwandfrei bewiesen werden, mit dreifacher Stirn geleugnet haben.

Unmittelbar nach dem Attentat setzte in München bekanntlich die Diktatur der Räte mit allen Kennzeichen des Terrors ein. Die Münchener Zeitungen wurden unterdrückt, Telegramme usw. zensuriert und namentlich auch dafür gesorgt, daß über die Vorgänge im Landtag kein anderer als ein sogenannter „offizieller“, nämlich ein nach allen Regeln der Kunst zusammengelegener und gefälschter Bericht, nach außen ging.

Was ist die „Freiheit“? Sie lag kräftig mit. Als am Freitag, den 21. Februar, fast gleichzeitig die Nachrichten von der Ermordung Kurt Eisners und dem Attentat im Landtag eintrafen, brachte sie vorläufigerhand nur die Ermordung Eisners, das Attentat im Landtag ließ sie zunächst weg.

Bisher nicht feststeht, welche Motive den oder die Täter leiteten, ob es nicht dort auch Reaktionen waren, welche die Erregung feigerten.

Also krampfhaft sucht die „Freiheit“ den Glauben aufrechtzuhalten, als seien es Reaktionen gewesen, die die Tat im Landtag begangen hätten! Gleichzeitig entwirft sie sich furchtbar über eine von uns wiedererlebte Falschmeldung, monach außer Auer auch Lamm und Hochhauser getötet sein sollten.

Am Montag, den 24. Februar, aber langte ein hervorragender Parteigenosse der Mehrheitspartei aus München in Berlin an, der uns als Augenzeuge der Tat den wahren Vorgang berichtete. Der „Vorwärts“ brachte ihn in Nr. 101, er nannte auch zum ersten Male den Namen des Mörder Kurt Lindner — die „Freiheit“ hielt in Nr. 96 für den Mörder frei den Namen „Peter“ erfunden, — der „Vorwärts“ berichtete auch über die Schüsse von der Tribüne, über die Behauptung der Landtagswoche, den Mörder festzunehmen, alles Dinge, die jetzt durch ein Dutzend eidlicher Zeugenauslagen ganz einwandfrei bewiesen werden.

Was tut demgegenüber die „Freiheit“? Im ersten Schreden legt sie sich aufs sammelnde Leugnen. Sie schreibt in Nr. 100:

Die ganze Aufmachung der „Vorwärts“-Meldung fordert zu dem abgeredeten Mißtrauen heraus, daß um so berechtigter erscheint, als der „Vorwärts“ ... neuerdings krampfhaft bemüht ist, Material für eine neue freischstädtische Hege gegen das Münchener Proletariat herbeizufischen.

In der nächsten Nummer (101) ist der „Freiheit“ aber der Raum noch mehr geschmälert. Sie sucht sich mit Frechheit aus der Affäre zu ziehen. Wüstes Geschwätz, dreistestes Lügen! Eine teuflische Gemeinheit! So ist der Artikel überschrieben, in dem u. a. folgendes steht:

Mit geradezu teuflischer Gemeinheit sucht der „Vorwärts“ die Schüsse im Landtag, die den Minister Auer schwer verletzt und den Zentrumskoordinator Ogel getötet haben, gegen das Münchener Proletariat auszuwecheln. Zu diesem Zweck erklart er, daß ein gewisser Lindner (1), der das Attentat begangen haben soll (1), im Einverständnis mit einem revolutionären Arbeiter (2) gehandelt hätte und die gewalttätige Sprengung des bairischen Landtages herbeiführt habe. Auch die Schwärze des Landtages sei im Komplott gewesen. ... Sollen wir erst noch fragen, daß die ganze Komplottgeschichte eine gewissenlose Erfindung ist? Das geht ja schon daraus hervor, daß nach allen bisherigen Meldungen die Schüsse, die das Unheil angerichtet haben, wahrscheinlich nur von einem einzigen Menschen abgegeben wurden. Es wurde dann

voll Stolz besetzt, mit seinem stämmigen und moralischem Glaubensbekenntnis verträglich, das festhalten überlassen wir Herrn Kump. Wir begnügen uns damit, unsere Besoren den Wunsch des Starresten mitzuteilen, wieder einmal „vor dem prachtwollen alten königlichen Berliner Schymann stromm stehen“ zu dürfen. Unzweifelhaft würde das unserm Geschlecht von Lumpen sehr gut tun.

Das Urteil im Liebnecht-Luxemburg-Prozess bestätigt.

Wie die P. T. R. an unterrichteter Stelle erfahren, trifft es zu, daß das Urteil im Liebnecht-Luxemburg-Prozess bereits vor einiger Zeit bestätigt worden ist. Da es sich um ein Urteil eines Berliner Militärgerichts handelt, war der Oberkommandierende zuständig. Der Bestätigung ist eine nochmalige Durchprüfung durch militärische und zivile Sachverständige vorausgegangen. Diese waren einstimmig der Überzeugung, daß auf Grund des vorliegenden Materials auch eine etwaige Wiederholung des Prozesses ein anderes Urteil nicht ergeben könne.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen Hauptamtliche Vernehmung. Der Staatskommissar für Schleswig-Holstein, Genosse Dr. Köhler, hat an die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: „In den letzten Wochen hat der Kampf um die Abstimmung eine Form angenommen, die den guten Namen der nord-schleswigen Bevölkerung in Gefahr bringt. Große Beschimpfung national Andersdenkender und ihrer heiligen Güter sind eines Kulturvolkes ebenso unwürdig wie hyperische Gemaltheitigkeiten. Der Kampf um die Zukunft Nord-Schleswigs soll ein geistiger Kampf sein. Vergessen wir in diesem Kampfe niemals, daß wir auch nach der Abstimmung nebeneinander zu leben gezwungen sind. Ich fordere die große Masse der ruhigdenkenden Nord-Schleswiger nach im letzten Augenblick auf, gegen die überhandnehmende chauvinistische Verfechtung unserer Heimat Front zu machen. Alle Behörden und Sicherheitsorgane des Abstimmungsgebietes sind angewiesen, sich jeden Eingriff in politische Auseinandersetzungen zu enthalten. Gegen Aufstachelung und Gewalttätigkeiten wird rücksichtslos vorgegangen werden.“

Die Wiedereröffnung der Vulkanwerk in Hamburg ist Mittwoch nach achtstündiger Unterbrechung in dem vorgezeichneten Umfang ohne Zwischenfall vor sich gegangen. Wiedereingestellt wurden am ersten Tage der Arbeitsaufnahme etwa 2000 Arbeiter. Am Donnerstag finden weitere Einstellungen von Arbeitern statt.

Das Bergarbeiterheimstättengesetz. Zu dem Bergarbeiterheimstättengesetz ist zu bemerken, daß jetzt die finanziellen Schwierigkeiten behoben sind. Das Reichsfinanzministerium hat, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung, eine bedeutende Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, die durch eine Kohlensteuererhöhung ausgedeckt werden soll. Hiervon soll ein größerer Teil für den Wohnstättenbau und ein kleinerer Teil für bessere Verpflegung mit Lebensmitteln für die Bergarbeiter, die in besonderer Weise durch Hebereschäften am Wohl der Volksgenossen beigetragen haben, verwendet werden.

Die Klage der Reichlichen Stützkräfte bezieht sich auf die Klage, in der darauf hingewiesen wird, daß das monatliche Höchstlohn der Hilfsarbeiter bei Justizbehörden 300 M. beträgt, wovon für Reichsversicherung noch ca. 20 M. abgezogen werden; für ledige Kräfte verringert sich der Betrag um weitere 25 M. monatlich. Zur Erwidlung eines Jahres Gehaltsverhältnisses wird für zu Kaufe angefertigte Arbeitsarbeiten 1 M. pro Stunde gezahlt, wovon bei den Gaspreisen nicht allzuviel übrig bleibt. Hier sollte die Behörde sich schnellstens der verfahrenen Stützkräften annähmen.

Prozess Erzberger-Osterlich. Oberstaatsanwalt Krause teilt mit Rücksicht auf die gerichtlichen Mitteilungen der Presse über das Strafverfahren gegen Osterlich wegen Verleumdung des Reichsfinanzministers mit, daß die Akten mit Anklage bereits am 9. Dezember der Strafkammer zur Beschlußfassung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zugegangen sind. Die Hauptverhandlung dürfte voraussichtlich im Januar oder spätestens Anfang Februar stattfinden.

Klage gegen die „Freiheit“ erheben. Oberstaatsanwalt Krause teilt mit, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“ wegen Verleumdung des Ersten Staatsanwalts Dr. Weichmann und des Staatsanwalts Dr. Rumbold, enthalten in einem Artikel der Abendausgabe vom 5. Dezember d. J., Anklage erhoben hat.

Mordprozess Lindner.

Zeuge Landtagsabgeordneter Trischinger gibt u. a. an, daß der zweite Mann, der an der Portiere stand, ebenfalls geschossen habe. Angel Trisch (der dabei in Betracht kommt): Ich habe ja nur einen Revolver in der Tasche gehabt. Herr Trischinger, kennen Sie mich nicht? Trischinger dreht sich herum und sagt: Ein Mann von Ihrer Größe und Ihrem Äußeren ist es gewesen, der dort an der Portiere stand.

Frau Landtagsabgeordnete Maurer: Ich bin noch der ersten Sitzung mit Auer ins Fraktionszimmer gegangen. Da kamen Leute von der Tribüne herab. Einer hat Auer etwas zugeziffelt, was es war, habe ich aber nicht verstanden. Es mußte wohl eine Verleumdung gewesen sein, denn Auer ging ihm nach und schüttelte ihn. Ich habe nur gehört wie Auer sagte: „Was haben Sie gesagt, Sie?“

Zeuge Justizminister Dr. Müller-Meinungen: Am 11. März hat mich Auer um eine Unterredung gebeten und mir mitgeteilt, daß es ihm in der vorhergehenden Nacht noch gelungen sei, Eisner zum Rücktritt zu bewegen. Mir fiel

Über merkwürdigen Optimismus

auf. Wir anderen sind an jenem Tag in den Landtag mit dem Bewußtsein gegangen, daß wir uns unsere Haut zu Markte bringen und uns hoher sehr aussetzen. Wir wollten, da es sich vorwiegend um eine große Sitzung handelte, unsere Anhänglichen einladen. Aber, als wir um 10 Uhr kamen, ließ es die hätte der revolutionäre Arbeiterrat schon alle. Das war ein Beweis, daß für die kommenden Dinge der revolutionäre Arbeiterrat die Sache in die Hand genommen hatte. Lindner trat direkt auf Auer an und schob dann auch auf die anderen Minister. Ich hatte den Eindruck, als ob er

die ganze Ministerbank abschicken

wollte. Die Minister duckten sich aber. Den Eindruck, daß er auf Diesel geschossen hat, habe ich nicht.

Mit Lindner war ein zweiter Mann gekommen, der an der Tür stehen blieb und mit einer großen Waffe in die Richtung stellte, wo Diesel stand. Ich nehme an, daß der Schuß dieses Mannes Diesel getroffen hat. Es schien nun, als hätte man es auf ein allgemeines Messer des Landtags abgesehen. Es ist ein rein deutsches Land, daß nicht mehr Anschläge getroffen wurden, da sie alle in einem Ganzen der Tür verfehlten. Bei dem Attentat hatte man den Eindruck, daß es sich nicht um einen Zufall, sondern um eine planmäßige Aktion handelte. Die Abgeordneten hatten man auf Waffen ganz genau kontrolliert, während man kein Arbeiterratsmitglied danach gefragt hatte. Die haben ja im Landtag ein ganzes Waffenlager gehabt. Verteidiger

Dr. Traub: Sie waren auch heute, als Rechenbach mit dem Gut herein kam. Das ist doch irgendeine Verlegung ausgefallen? Dr. Müller: Ich sah, daß er den Hut auf dem Kopf behielt und hörte nur, daß Minister Traub mit ihm einen Disput hatte und laut von einem „schönen Lärchen“ sprach. Ich glaube, Rechenbach hätte eine Bemerkung über irgendeinen Minister gemacht. Verteidiger Dr. Traub: Können Sie sagen, ob das Attentat auf den Landtag auch ohne das Attentat auf Eisner gekommen wäre. Zeuge Dr. Müller: Das kann ich nicht wissen. Die Sache mit den Tribünenkassen deutete jedenfalls auf eine planmäßige Unternehmung. Verteidiger Dr. Traub: Ministerpräsident Hoffmann ist gegen diese Annahme. Er sagte, daß das Attentat im Landtag unzweifelhaft

eine Folge des Attentates auf Eisner

gewesen ist. Dr. Müller: Ich weiß, daß man auch anderer Meinung sein kann.

Der Angeklagte Lindner erhebt sich und legt dem Justizminister einige Fragen vor. Kann der Herr Justizminister sagen, ob ich einen kurzen Mantel getragen habe, oder einen langen? Dr. Müller: Ich habe ihn für einen Autorod gehalten. Als ich den Angeklagten jetzt wiedergesehen habe, war ich ganz verwundert über seine geringe Größe. Lindner: Kann der Justizminister sagen, ob ich noch andere Schüsse abgegeben habe? Dr. Müller: Ich glaube, mich bestimmt erinnern zu können. Besonders auf den Schuß, den er, zuerst auf den Ministerpräsidenten zu gab. Staatsanwalt: Welche Einflüsse hat das Attentat auf

die parlamentarischen Zustände

gehabt? Zeuge Dr. Müller: Einen völlig vernichtenden. Es wurde immer gesagt, der Landtag sei feige gewesen. Diese Behauptung ist frivol und gottsch. Was hätte der Landtag anders tun sollen?

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse war die Kursentwicklung wenig einheitlich. Das Interesse der Spekulation wandte sich wieder Auslandspapieren zu, von denen namentlich Scharnung, Orientbahn, Deutsche Erdöl und Anglo-Guano begehrt waren. Kolonialwerte waren im allgemeinen wenig verändert. Auch für fremde Renten zeigte sich bereinigt Abneigung. Am Montanmarkt waren Bochumer, Dr.-Luxemburger und Gelsenkirchener angeboten, die übrigen Aktien befristet. Schiffahrtswerte neigten zur Schwäche. Auch einzelne Parabolaktien waren niedriger. Ausgesprochen schwach waren heimische Anleihen, namentlich Konfols, die etwa 1 Proz. verloren. Kriegsanleihen hielten sich auf 77 1/2 Proz.

Groß-Berlin

Dreifacher Mordmord.

In Gransee in der Mark wurde der Abbaureiseführer Koller mit seiner Frau und erwachsenen Tochter ermordet. Koller wurde am Dienstagabend zum letzten Male in der Stadt gesehen. Mittwoch nachmittag wurden die drei Personen in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Wohnung war durchwühlt, alle Wertgegenstände und viele Gebrauchsgegenstände sind geraubt.

Es wird angenommen, daß Frau Koller und ihre Tochter bereits am Dienstagnachmittag in Abwesenheit des Mannes ermordet wurden, und daß die Täter Koller, als er spät abends nach Hause kam, aufgefunden und ebenfalls ermordet wurden. Berliner Kriminalbeamte haben sich nach dem Tatort begeben.

Die Verfolgung des Verbrecherpaares Strauß.

Die Kriminalpolizei hat zur Ergreifung der entwichenen Justizhändler Emil und Erich Strauß die umfassendsten Maßnahmen getroffen. Eine besondere Streifenmannschaft ist ständig unterwegs, um die Gejagten, die sich sicher noch in Berlin verborgen halten, ausfindig und dingfest zu machen. An den Anschlagorten erscheint heute eine Belästigung mit den Bildern und einer genauen Beschreibung der Schwereverbrecher. Auf ihrer Entdeckung ist eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. Nachrichten nimmt jedes Polizeirevier entgegen.

Die Vernehmungen der Frau Wehrens, bei der sich die Verbrecher aufhielten, sowie der übrigen Gäste bei der gestörten Geburtstagsfeier haben ergeben, daß diesen allen die Verbrecher Strauß nur als Verbrecher bekannt waren. Frau Wehrens hatte bei einem Besuch von „Uranus Diele“ am Alexanderplatz den Emil Strauß, der sich ihr als Schloffer Emil Vogel vorstellte, kennen gelernt. Sie hielt ihn für einen harmlosen Mann und ging ein Liebesverhältnis mit ihm ein. Ihre gute Meinung von ihm veränderte sich nach, als er auch den Eindruck eines züchtigen und fleißigen Menschen machte, der viel Geld verdiene. Ueber die Herkunft seines „Einkommens“ erzählte er, daß er als Schloffer ein gutes Einkommen habe, außerdem aber noch an einer Garage beteiligt sei, die viel abwerfe. In „Uranus Diele“ lernte Frau Wehrens auch den Bruder des Emil Strauß kennen, der seitdem in der Wohnung der Frau B. unter dem Namen Erich Vogel ein und aus ging. Die Frau, bei der die Verbrecher übernachteten, galt dem Geburtstag der Frau Wehrens. Die beiden Geheißer Vogel hatten eine reiche Tafel aufgedeckt. Die Gäste waren Bekannte der Frau Wehrens, die die beiden Verbrecher überhaupt nicht oder nur oberflächlich kannten, feinsinnig aber wußten, daß sich hinter ihnen die beiden Schwereverbrecher Strauß verbergen.

Arbeits- und Siedlung.

In der Berliner Disziplin der Gesellschaft für soziale Reform sprach Hauptmann Schmude über die auf seine Anregung gegründete Siedlungs- und Arbeitsgemeinschaft „Neu-Deutschland“. Schmude hat ein freiwilliges Arbeiterkorps von einem halben Duzend entschlossener Leute zusammengestellt, die Arbeit in einem Kohlenbergwerk annahmen. Durch die Arbeit, die uns Kohlen schafft und ihnen Brot gibt, wollen sie zur Siedlung von Heimstätten gelangen. Auch Schmude griff selbstverständlich, wie alle Mitglieder dieser aus Hand- und Kopfarbeitern aller Parteien zusammengesetzten Gemeinschaft, zu Pise und Schaufel und arbeitete als Bergarbeiter. Die Siedlungs- und Arbeitsgemeinschaft Neu-Deutschland ist inzwischen auf mehr als 1000 Mitglieder angewachsen, die sich auf bereits 20 Ortsteile verteilen. Schmude hob hervor, daß die Siedlung in weiterer Entfernung von den Großstädten billiger ist und den Arbeitern erschwierliche Heimstätten schaffen kann. Er beklagte, daß die preussische Regierung viel zu lange gezögert habe, diesen Siedlern der Arbeit und der Siedlung die notwendige Unterstützung zu gewähren. Er verfürzte, daß sie sich endlich bereit erklärt, sich mit einem Betrag von 200 000 M. an der Gesellschaft zu beteiligen.

An der Diskussion anhielt Abgeordneter Sachs, der Vorsitzende des Arbeiterverbandes, die Heimstätten-Verschönerung durch die Schmudische Gesellschaft würde doch wohl zu langwierig werden. Er wies hin auf das Heimstättengesetz, dessen Entwurf in nächster Zeit der Nationalversammlung zugehen werde. Zur durchführbaren Siedlung der Kohlenproduktion sei Einstellung neuer Arbeiter nötig, weil viele der alten Arbeiter abgemwandert sind. Den Bau der dazu erforderlichen Arbeiterwohnungen werde man nur ermöglichen können, wenn ein

entsprechender Zuschlag auf den Kohlenpreis gemacht würde, der die nötigen Mittel bringen soll. Die weitere Diskussion ergab, daß die Gesellschaft für soziale Reform das Schmudische Unternehmen freundlich begrüßt.

Schmerz vor Schülervätern.

Zu den Pädagogen, die vor ihren Schülern den Volkstribun spielen, gehört ein am Friedrichswerderischen Gymnasium am ansehnlicher Oberlehrer. Er liebt es, im Unterricht seinen Verdruss über Revolution und Republik in künftigen Ausdrücken kundzutun. Anheims hält er es für nötig, sich in Schmähen Worten gegen Mitglieder der Regierung zu ergreifen. Einmal erklärte er: „Ich würde mich freuen, wenn mich jemand anzeigte; denn ich möchte gern ein Richter für meine Überzeugung sein.“ „Ich nein, von „Wahrheitstümpf“ könnte mir keine Rede sein, wenn man ihm das Handwerk legte. Das dies schlimmst geschieht, muß zum Wohl der Schule und der ihr anvertrauten Jugend erfordert werden. Um die „Meinung“ dieses Herrn handelt es sich gar nicht. Er möge sie behalten und sie vor einer Jubelstunde von Erwachsenen vertreten, die ihm antworten können und werden.“ Wir empfehlen ihm, in Verfammlungen der sozialdemokratischen Partei zu kommen, in denen der Zutritt jedem frei steht. Begreift der Herr Oberlehrer nicht, welche Flur er macht, wenn er vor der Corona seiner Schüler, sogar vor den zehn- bis elfjährigen Jungen einer Dunita, schimpfend sein Herz ausschüttet?

Die schwere Stunde, die der werdenden Mutter bevorsteht, wird ihr durch Rängel der geburtsärztlichen Einrichtungen noch schwerer gemacht. Ein Ehemann schilbert uns, was seine Frau ausstehen hatte, als ihre Entbindung heranreife. In der Frauenklinik der Universität nahm man sie zunächst auf, aber noch am selben Tage wurde sie wieder entlassen mit dem Rat, sich nötigenfalls in acht Tagen einzufinden. Der Hauptgrund dieser Maßregel war der, daß alle Betten belegt waren. Als dann schon nach ein paar Tagen die Entbindung vor sich gehen wollte, mußte der Ehemann in der Nacht Kundenlang umherlaufen, um einen Arzt heranzuschaffen. Bei vier Ärzten nacheinander hatte er einen Mißerfolg; darum besaß er sich zur Sicherheit in der Kassenkassa und ließ von dort die Rettungsmittel in der Kassenkassa und in der Holzmarktstraße anrufen, aber beide gaben keine Antwort. Schließlich gelang es doch noch einen Arzt zu finden, der dann in der Wohnung eintraf, als die Gebärende sich schon lange mit der schweren Entbindung abmühte. Der Arzt, dessen Bemühungen etwa eine Viertelstunde erforderlich verlangte, 60 M. und gab sich auf Bitten des Mannes mit 20 M. zufrieden. Es wird jetzt viel geredet von der Notwendigkeit, den Nachwuchs zu mehren und die Fürsorge für Mutter und Kind zu steigern. Will man sich da nicht endlich auf die Pflicht besinnen, mehr Gebäranstalten zu schaffen? Die Rängel der geburtsärztlichen Einrichtungen mit ihren schweren Gefahren für Mutter und Kind können nicht dazu ermuthigen, sich an der Minderung des Nachwuchses zu beteiligen.

Paulsen. Sitzungspresung der Gemeindevertretung. Die anfänglich in aller Harmlosigkeit verlaufene Sitzung ließ zunächst nicht ahnen, daß sie nicht zu voller Entladung ihrer Tagesordnung gelangen würde. Bei Beratung der Vorlage betreffend Bewilligung von Mitteln für eine Weihnachtsfeier, welche für die Kinder von Armen, Bedürftigen und Arbeitslosen veranstaltet werden soll, zeigte schon die Tribüne recht lebhaft ein. So sah sich die Fraktion — mit Einschluß der U. S. P. — veranlaßt, die Jubilee um Wahrung der Ruhe zu ersuchen, um einer im Interesse angelegter Verhandlungen etwa nötig werdenden Klärung des Jubilee vorzubereiten. Der Gemeindevorstand schlug die Bewilligung von 50 000 M. für den gedachten Zweck vor, während die Unabhängigen mit Bezug auf eine Forderung der Arbeitslosenrat Groß-Verlin diese Summe auf 60 000 M. zu erhöhen beantragten. Die Aussprache ergab die Annahme des Beschlusses des Gemeindevorstandes mit der Maßgabe, diese Summe entsprechend zu erhöhen, wenn andere Gemeinden, vor allem Berlin, bei ihrer Stellungnahme zu den Forderungen der Arbeitslosenrat über das Bewilligte hinausgehen sollten. — Unter den an leger Stelle der Tagesordnung zu erledigenden „Anträgen und Anfragen“ befanden sich zwei Anträge und eine Anfrage, welche den kommunalen Arbeiterrat zum Gegenstand hatten. Die Demokraten beantragten, den Arbeiterrat zu den Sitzungen der Gemeindevorstände nicht mehr zuzulassen, die Arbeitergemeinschaft der Reichsparteien, demselben das Recht als kommunales Organ abzurufen. Die Unabhängigen fragten an, aus welchem Grunde dem Arbeiterrat ein Bureau im Rathaus verweigert werde. Da Anträge und Anfrage denselben Gegenstand betrafen, wurde hierüber gemeinsam beraten. Die Unabhängigen betrauten die Aufstellung, daß mit der Ende Oktober durch Gemeindevorstand erfolgten Aufhebung der Finanzierung des Arbeiterrats ihm noch nicht die nötigen und sonstigen Rechte entzogen seien, während sich die übrigen Parteien darüber einig waren, daß damit auch das Bestehen des Arbeiterrats überhaupt getroffen werden sollte. Hier eine klare Entscheidung zu treffen, war Zweck und Ziel der Anträge und der Anfrage. Sie wurde getroffen durch Annahme der Anträge der Demokraten und Reichsparteien. Hatten schon während der Aussprache die Anhänger der Unabhängigen und Kommunisten im Jubilee in mächtiger und unheilvoller Weise getobt, so drangen sie nun in den Sitzungssaal ein und vollführten unter Bedrohung der Gemeindevorstand, vor allem unter dem Namen, einen Stillsitzstreik. Da es sich als unzulässig erwies, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und damit ein Weiterverhandeln zu ermöglichen, schloß der Bürgermeister nach etwa halbstündigem Toben die Sitzung. Der Epilog währte dann noch eine geraume Zeit weiter, bis sich allmählich Gemeindevorstand und Demonstranten nach Hause verstreuten.

Friedmann. Der Abban der Vorhänge. Der Beschluß der Friedenauer Gemeindevertretung, mit dem Abban der Vorhänge an der Königin-Luise-Schule nicht erst zum 1. April 1921, sondern schon am 1. April 1920 zu beginnen, ist von der Schulaufsichtsbehörde genehmigt worden. Der Gemeindevorstand gibt jetzt denjenigen Eltern, deren schulpflichtige Kinder für den Schulbesuch an der Königin-Luise-Schule zu Ostern und zu Michaelis 1920 sowie für einen späteren Anmeldezeitpunkt vorgemerkt sind, hiervon mit dem Vermerk Kenntnis, daß die Anmeldungen nicht mehr zu Recht bestehen. Auch die beiden in Friedenau bestehenden Privatnenn werden mit dem Abban der Vorhänge zu Ostern 1920 beginnen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steinb. Diese Woche 4 Bld. Kartoffeln, für die folgenden 2 Bld. 100 Gramm Brot (30a — g der Kartoffelart). Für werdende Mütter 1000 Gramm Hahnenfüßchen und 500 Gramm Reis (35). Für Kinder im 1. Jahr 500 Gramm Hahnenfüßchen und 250 Gramm Mehl, im 2. Jahr 250 Gramm Hahnenfüßchen und 250 Gramm Mehl, vom 3.-6. Jahr 500 Gramm Mehl; ferner für alle angeführten Altersklassen 1 Dose Nudeln für 2 Personen 200 Gramm Nudeln (40).
Heutegebot. 200 Gr. Kugeln (A 10), 100 Gr. Erbsen (B 20).

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Sozialdemokratischer Verein Berlin.

Parteilunktionäre, Betriebs- und Beamten-Vertrauensleute, Arbeiterräte der S. P. D.

Freitag 6 1/2 Uhr in den Zentral-Theater-Schälen, Alte Jakobstraße 32, Versammlung. Tagesordnung: Wohnungsprobleme, Ref. Gen. Schilder, Reichsarbeitminister.

